

Zusammenstösse rund um den Maidan und in Odessa

Europarat untersucht Vereinbarkeit der ukrainischen Ermittlungen mit der EMRK

Hintergrund

Am 21. Februar 2014 führten die gewaltsamen Auseinandersetzungen rund um den Maidan-Platz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew zum Tod von nahezu hundert Demonstrierenden und 13 Polizisten sowie mehreren hundert Verwundeten. In Odessa kamen am 2. Mai 2014 bei Zusammenstössen und dem Brand des Gewerkschaftsgebäudes 46 Menschen ums Leben.

Mandat des IAP

Das Beratergremium hat den Auftrag, die Untersuchung der Zwischenfälle zwischen dem 30. November 2013 und dem 21. Februar 2014 in Zusammenhang mit den so genannten Maidan-Demonstrationen in Kiew zu überprüfen. Im Zentrum stehen die Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember 2013, der 1. Dezember 2013 sowie die Tage vom 18. bis 21. Februar 2014. Im September 2014 wurde das Mandat auf die Vorkommnisse am 2. Mai 2014 in Odessa ausgedehnt. Es hat zu überprüfen ob die Untersuchungen den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) – insbesondere Artikel 2 und 3 (Recht auf Leben und Verbot der Folter)¹ – und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg entsprechen.

Das IAP ist das einzige internationale Gremium, das sich mit den Ermittlungen der ukrainischen Behörden in diesem Zusammenhang befasst. Präsiert wird das Dreiergremium vom Briten Nicolas Bratza, einem ehemaligen EGMR-Präsidenten, dem früheren ukrainischen Richter am Strassburger Gerichtshof, Wolodimir Butkewitsch, und dem ehemaligen Generalstaatsanwalt der Ukraine und Mitglied des Regionalparlaments von Charkiw, Oleg Anpilogow.

Projektziel

Ziel des IAP ist, zwei detaillierte Berichte vorzulegen über die konkreten Ermittlungen der ukrainischen Behörden in Zusammenhang mit den Todesopfern und Verletzten bei den Zusammenstössen und, inwiefern sie den internationalen Menschenrechtsvorgaben entsprachen. Gleichzeitig sollen die Berichte auch Antworten auf die Fragen von Betroffenen zu den Ereignissen auf dem Maidan und in Odessa liefern. Die Zusammenarbeit zwischen IAP und den ukrainischen Behörden soll zudem dazu beitragen, die Ermittlungen zu verbessern und die rechtlichen Grundlagen dafür zu reformieren. In diesem Sinne trägt das Projekt auch zur guten Regierungsführung (good governance) bei und zur besseren Aufarbeitung der Vergangenheit.

Land

Ukraine

Thema

Menschenrechte/Vergangenheitsarbeit

Projektname

Internationales Beratergremium (International Advisory Panel) IAP

Ziel

Untersuchung, ob die Ermittlungen nach den Zusammenstössen auf dem Maidan und in Odessa den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) entsprechen

Zielgruppen

Regierung, Innenministerium, Generalstaatsanwalt, Inlandgeheimdienst und Sicherheitskräfte

Partnerorganisation

Europarat

Gesamtbudget

483'940 CHF

Schweizer Beitrag

50'000 CHF

Projektdauer

01.01.2015–31.10.2015

¹ http://www.echr.coe.int/Documents/Convention_DEU.pdf

Den ersten Bericht zum Maidan veröffentlichte das IAP im März 2015. Darin werden zahlreiche Mängel und Probleme der ukrainischen Ermittlungen aufgeführt. Der zweite Bericht über die Ereignisse in Odessa ist für Oktober 2015 vorgesehen.

Schweizer Beitrag

Im Namen der Schweiz unterstützt die Abteilung für menschliche Sicherheit (AMS) im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA die Arbeit des IAP mit rund 50'000 Franken. Die Unterstützung erfolgt im Rahmen der schweizerischen Friedens- und Menschenrechtspolitik.